

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d
Telefax: 21 06 84

Inhalt

Rudolf Dreßler MdB zu Anspruch und Wirklichkeit des Sozialstaatsgebots des Grundgesetzes: Auf dem Weg zur Zwei-Drittel-Gesellschaft.

Seite 1

Gerd Wartenberg MdB zur erneuten Vertagung der Novellierung des Ausländergesetzes: Regierungsvorschläge zur Beschleunigung der Asylverfahren unzureichend.

Seite 3

Heidemarie Wiczorek-Zeul MdB zum 65. Geburtstag von Ludwig von Friedeburg: Ein Bildungspolitiker, der „die strenge Sortiererei von Kindern“ durchbrach.

Seite 4

Dokumentation

Die SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs setzte sich auf einer Veranstaltung des DGB in Kaiserslautern am 18. Mai mit der Politik der Bundesregierung auseinander und skizzierte dabei die Alternativen der SPD. Wortlaut

Seite 5

44. Jahrgang / 94

19. Mai 1989

Auf dem Weg zur Zwei-Drittel-Gesellschaft

Zu Anspruch und Wirklichkeit des Sozialstaatsgebots des Grundgesetzes

Von Rudolf Dreßler MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Durch das Grundgesetz wird die Bundesrepublik als „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ definiert (Artikel 20 Absatz 1 GG), in dem „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ (Artikel 14 Absatz 2 GG), „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung... in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden“ (Artikel 15 GG).

Was bedeutet sozialer Staat? Wir verstehen darunter einen Staat, dessen Handeln im Inneren darauf gerichtet ist, unter Berücksichtigung des Wohles aller die sozialen Gegensätze zwischen den Gruppen und Schichten auszugleichen. Sozialpolitik ist demnach das vom Grundgesetz gebotene Gemeinschaftshandeln, das unter Berücksichtigung des Gemeinwohls in das Spannungsverhältnis sozialer Gruppen eingreift, zum materiellen Nutzen der wirtschaftlich schwachen Gruppen.

Wieweit ist es den politisch Handelnden gelungen, dieses Sozialstaatsgebot Verfassungswirklichkeit werden zu lassen? Zum 30. Jahrestag des Grundgesetzes konnten wir feststellen, daß die Nachkriegsgeschichte der Sozialpolitik - trotz kritischer Einwände - eine Phase der sozialen Politik dokumentiert, die zu den kreativsten in der deutschen Sozialgeschichte gehört. Im Zentrum dieser Geschichte stand und steht die Absicherung für notwendig erkannte Sozialleistungen in Form von Rechtsansprüchen. Die aktivste und kreativste Phase der bundesdeutschen Sozialgeschichte ist nicht zufällig identisch mit den Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung zwischen 1969 und 1982.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veranstaltungsbüro
mit erweitertem Rückstellrecht
Kopier-Produkt



44. Jahrgang / 94 / 19. Mai 1989

Obwohl die Bundesrepublik Deutschland auch heute noch zu den reichsten Ländern der Erde zählt, leben rund zehn Prozent unserer Bürgerinnen und Bürger in struktureller Armut:

- Ende April 1989 waren immer noch mehr als zwei Millionen aller abhängig Beschäftigten als Arbeitslose registriert. Ein Drittel der gemeldeten Arbeitslosen erhält jetzt weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Die Arbeitslosigkeit liegt auch im sechsten Jahr der Kohl-Regierung - nach einem langen weltweiten Aufschwung - um über 200.000 höher, als am Ende der Regierungszeit von Helmut Schmidt.
- Die Zahl der Menschen, die laufend Sozialhilfe zum Lebensunterhalt beziehen, ist seit 1982 von 1,56 Millionen um 820.000 auf 2,32 Millionen im Jahr 1987 gestiegen. Dementsprechend sind im gleichen Zeitraum auch die Sozialhilfeaufwendungen der Gemeinden gestiegen: Von 16,3 Milliarden DM auf 25,2 Milliarden DM, und für das Jahr 1988 werden die Aufwendungen auf 28 Milliarden DM geschätzt.
- Die Abgabenbelastung des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens ist von 39,3 Prozent im Jahre 1982 auf 42,5 Prozent im Jahr 1987 gestiegen. Damit hat die Kohl-Koalition die höchste Abgabenbelastung zu verantworten, die seit 1949 den Arbeitnehmern zugemutet worden ist.
- Vom Zuwachs ihres Bruttoeinkommens von 180 Milliarden DM zwischen 1982 und 1987 blieben den Arbeitnehmern nach Abzug von 62 Prozent für Steuern und Abgaben 68 Milliarden DM. Im gleichen Zeitraum wurden Unternehmern und Vermögensbesitzern von einem Einkommenszuwachs von 167,5 Milliarden DM nur 8,2 Milliarden DM, also nur 4,9 Prozent, abgezogen. Noch nie hat sich das Reichsein so ausgezahlt wie unter der Kohl-Regierung.
- 1989 stieg die Steuerbelastung in der Bundesrepublik Deutschland durch die Anhebung der Verbrauchssteuern und durch die Einführung der Quellensteuer um 13 Milliarden DM. Das ist die größte Steuererhöhungsmaßnahme seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Mit 521 Milliarden DM wird die steuerliche Belastung 1989 zur höchsten seit 1949.
- Die Lohnsteuerquote stieg von 16,1 Prozent im Jahre 1982 auf 17,8 Prozent im vergangenen Jahr. 1989 wird die Lohnsteuerquote auf 18,3 Prozent steigen. Nie gab es höhere Lohnsteuerquoten als in der Amtszeit der Kohl-Koalition.
- Im Frühjahr 1989 liegen die durchschnittlichen Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherungen bei 12,9 Prozent. Noch nie seit 1949 waren die durchschnittlichen Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung so hoch wie in der Amtszeit der Kohl-Koalition.
- Unter der Verantwortung der Kohl-Koalition hat die größte Einkommensumverteilung seit 40 Jahren stattgefunden. Seit 1982 sank der Anteil der Arbeitnehmer am gesamten Netto-Volkseinkommen von 66,3 Prozent um acht Prozent auf 58,3 Prozent. Das ist der niedrigste Anteil der Arbeitnehmer am gesamten Netto-Einkommen seit 1950. Gleichzeitig stieg der Anteil der Unternehmer und Vermögensbesitzer am gesamten Netto-Volkseinkommen von 33,7 Prozent um acht Prozent auf 41,7 Prozent.

Die Sozialstaatsklausel - eine der zentralen Aussagen unserer Verfassung - droht unter dieser unsozialen Steuer- und Sozialpolitik zur Farce zu werden. Nur mit einschneidenden Reformen, wie einer sozialen Steuerreform, einer gerechten Verteilung der Arbeit und durch eine wirklich soziale Gesundheitsreform, kann die Entwicklung zur „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ gestoppt und umgekehrt werden. Nicht die weitere Aushöhlung des Sozialstaatsgebots, sondern ein besseres Verstehen des Grundgesetzes und sein entschiedenes Verwirklichen, muß das Ziel aller politisch Handelnden sein.

(-/19.5.1989/rs/ks)

* * *

Regierungsvorschläge zur Beschleunigung der Asylverfahren unzureichend

Zur erneuten Vertagung der Novellierung des Ausländergesetzes

Von Gerd Wartenberg MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises für Inneres, Bildung und Sport
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Novellierung des Ausländerrechts, die von dieser Bundesregierung bereits seit Jahren angekündigt wird, ist nunmehr auch von dem neuen Bundesinnenminister zunächst einmal vertagt worden. Unter dem Druck Bayerns und anderer unionsregierter Länder soll die Novellierung des Ausländerrechts jetzt erst in Angriff genommen werden, wenn der „ungeregelte Zulauf von Asylbewerbern gestoppt“ ist (Stolber). Mit dieser unklaren Bedingung hat es die CSU in der Hand, den Entwurf für ein neues Ausländerrecht beliebig lange hinaus zu zögern.

In Wahrheit besteht zwischen den Maßnahmen zur Beschleunigung des Asylverfahrens und der Novellierung des Ausländerrechts nicht der vom Bundesinnenminister behauptete „Sachzusammenhang“: Die Novellierung des Ausländerrechts ist dringend, weil für die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zu 60 Prozent schon mehr als zehn Jahre in der Bundesrepublik leben, endlich mehr Rechtssicherheit geschaffen werden muß und weil Einbürgerungserleichterungen notwendig sind. Die Asylverfahren betreffen dagegen grundsätzlich einen ganz anderen Personenkreis. Sie werden von denjenigen in Anspruch genommen, die sich auf politische Verfolgung berufen. Die Asylverfahren sind nicht nur im Interesse der Betroffenen drastisch zu beschleunigen, sondern auch deshalb, damit politisch nicht Verfolgten der Anreiz genommen wird, das Asylverfahren zu betreiben.

Das bedeutet, daß die Novellierung des Ausländergesetzes von dieser Bundesregierung ausschließlich aus wahltaktischen Gründen zurückgestellt wird.

Im übrigen dürften die Vorstellungen der Bundesregierung hinsichtlich der Beschleunigung der Asylverfahren, die im einzelnen noch zu prüfen sein werden, unzulänglich sein. Es ist zwar richtig, daß über die Asylanträge von Flüchtlingen aus Ostblockstaaten und Jugoslawien künftig innerhalb kurzer Frist entschieden werden muß. Abgelehnte Asylbewerber aus diesen Staaten sind grundsätzlich auszuweisen, gegebenenfalls abzuschicken. Diese Maßnahmen sind jedoch nicht ausreichend.

Darüber hinaus sollten ausländerrechtliche Regelungen geprüft werden, die Besuchern oder Touristen aus Ostblockstaaten und Jugoslawien unter bestimmten Voraussetzungen den Aufenthalt, gegebenenfalls auch eine eingeschränkte Arbeitsaufnahme gestatten, um auf diese Weise zu einem Rückgang der Zahl von Asylanträgen beizutragen.

Durch weitere Maßnahmen zugunsten von De-facto-Flüchtlingen (d.h., Flüchtlinge, die keinen Asylantrag gestellt haben oder deren Asylantrag abgelehnt worden ist, die aber gleichwohl aus humanitären oder politischen Gründen nicht abgeschoben werden) und Familienangehörige von Asylberechtigten können das Bundesamt und die Ausländerbehörden nachhaltig entlastet werden: 1. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge sollte die Zuständigkeit erhalten, die Eigenschaft eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention festzustellen. 2. Der Status von De-facto-Flüchtlingen sollte verbessert werden. 3. Ehegatten und minderjährige Kinder von Asylberechtigten sollten den Asylberechtigten grundsätzlich gleichgestellt werden. 4. Wenn einem Asylantrag nicht stattgegeben werden kann, sollte bereits das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge prüfen, ob Abschiebungshindernisse vorliegen und solche Abschiebungshindernisse der Ausländerbehörde (intern) mitteilen. Die Ausländerbehörde sollte an die Beurteilung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge grundsätzlich gebunden sein und eine befristete oder widerrufliche Aufenthaltserlaubnis erteilen.

Zur Beschleunigung der Asylverfahren ist ferner eine Prüfung notwendig, inwieweit von der Möglichkeit der Anerkennung im schriftlichen Verfahren (§ 12 Abs. 4 Asylverfahrensgesetz) stärker als bisher Gebrauch gemacht werden kann.

Eine Beschleunigung der Verfahren wird letztlich nicht ohne eine vernünftige Regelung der anhängigen „Altfälle“ möglich sein. Flüchtlingen, die sich seit mindestens acht Jahren ohne Aufenthaltserlaubnis in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sollte mit einer Sonderregelung grundsätzlich der Aufenthalt in der Bundesrepublik ermöglicht werden. (-/19.5.1989/rs/ks)

Ein Bildungspolitiker, der „die strenge Sortiererei von Kindern“ durchbrach

Zum 65. Geburtstag von Ludwig von Friedeburg

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums
Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Süd

Der Name Ludwig von Friedeburg steht für sozialdemokratische Bildungsreform - auch für die Erfahrung mit Widerständen, die gegen sie mobilisiert wurden. Die SPD hatte in ihrer langen Geschichte wenige so profilierte Bildungspolitiker wie Ludwig von Friedeburg. Gesamtschule, Gesamthochschule und Bildungsgesamtplan sind nur einige Stichworte.

Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lernten erst in den Auseinandersetzungen um die inhaltliche und organisatorische Schulreform, sprich um die Einführung der integrierten Gesamtschule und die Durchsetzung der Rahmenrichtlinien, welch heißes Eisen, welche gesellschaftliche Machtfrage die SPD geführte Hessische Landesregierung mit ihrem Vorhaben angepackt hatte und wie notwendig das Vorhaben war, da die „bei uns von Staats wegen ... strenge Sortiererei von Kindern im Blick auf bestimmte Berufskreise...“ (von Friedeburg) in den gesellschaftlichen Machtstrukturen begründet war.

Den ungleichen Voraussetzungen der Schüler/innen und Studenten/innen wurde Chancengleichheit und freie Wahl im Fächerkanon entgegengesetzt. Die Bildungsmonopole der Mittel- und Oberschicht sollten nicht weitervererbt, sondern Solidarität eingeübt und Individualität ermöglicht werden.

Für Ludwig von Friedeburg war und ist der „Bäcker, der Plato liest“ oder der „Schornsteinfeger mit Abitur“ nie ein Schreckgespenst gewesen, sondern eher Teil einer vernünftigen Gesellschaft: „Aus gutem Grund wurde in der Moderne die exemplarische Teilnahme am wissenschaftlichen Denken und Arbeiten, die die Grundlagen unserer Zivilisation bestimmten, zur Vorbildung für selbständige und verantwortliche Tätigkeiten überall in unserer Gesellschaft.“

Da ist er sehr modern: „Qualifikationsoffensive“ ist heute ein viel zitierter Begriff. Die, denen Privilegien abgefordert werden sollten, wehrten sich. Sie diffamierten Ludwig von Friedeburg als „roten Bildungsadligen, dem es um die sozialistische Indoktrination unserer Kinder geht“. Letztlich zeigte der damalige Regierungschef Wirkung.

Die FDP hatte zusätzlich verlauten lassen, daß „mit Friedeburg von vorneherein der Keim für einen Bruch der Koalition gelegt“ werde. Die SPD Hessen-Süd stand zu Ludwig von Friedeburg. Aber um seiner Partei weitere Auseinandersetzungen zu ersparen, stellte dieser 1974 sich nicht mehr für das Amt des Kultusministers, das er vier Jahre lang ausgeübt hatte, zur Verfügung.

Das Amt des Kultusministers gab er auf, nicht jedoch sein Engagement für eine emanzipative Bildungspolitik. Er beteiligte sich weiter an Diskussionen, wissenschaftlichen Untersuchungen und als stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich.

1975 kehrte Friedeburg in die Forschung zurück und wurde Direktor eines der renommiertesten Institute: des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt.

Als Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzende des Bezirks Hessen-Süd gratuliere ich Ludwig von Friedeburg herzlich zu seinem 65. Geburtstag und danke ihm.

Die SPD in Hessen hat gemeinsam mit ihm gelernt, daß Bildungspolitik gesellschaftliche Machtverhältnisse ändern und Privilegien abbauen kann.

Sie hat aber auch gelernt, daß der Verwirklichung solcher Reformen eine umfassende Diskussion mit allen Beteiligten vorausgehen muß.

(-/19.5.1989/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION

Anke Fuchs: Wir brauchen eine andere Regierung und eine neue Politik

Die SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs setzte sich auf einer Veranstaltung des DGB in Kaiserslautern am 18. Mai mit der Politik der Bundesregierung auseinander und skizzierte dabei die Alternativen der SPD. Ihre Ausführungen im Wortlaut:

Der Bundeskanzler und die Bundesregierung haben das Vertrauen des deutschen Volkes verloren. Ihre Politik ist gescheitert. Die Kabinettsumbildung und die Regierungserklärung haben das ganze Ausmaß der Hilf- und Ratlosigkeit der Bundesregierung deutlich gemacht. Mit den eingeleiteten Korrekturen an seiner Regierungspolitik, etwa bei der Quellensteuer und bei der Wehr- und Zivildienstverlängerung, hat Bundeskanzler Kohl den Zick-Zack-Kurs zur amtlichen Regierungspolitik gemacht. Aus Furcht vor weiteren schweren Wahlniederlagen hat Kohl Positionen geräumt, die er noch vor kurzem als völlig unverzichtbar bezeichnet hat. Hinzu kommen endlose Querelen und Streitereien in der Koalition um die sogenannte Modernisierung, den Ladenschluß, die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und das Naturschutzgesetz. Die Kohl-Regierung ähnelt immer mehr einem führungslosen Schiff, das in wilder See hin und her schlingert.

Die Bundesrepublik Deutschland und Europa brauchen eine neue Politik und eine andere Regierung. Die Wahlen der letzten Monate und Jahre haben gezeigt, daß die Politik der SPD auf immer größere Zustimmung stößt. Diese Politik orientiert sich an folgenden Zielen:

1. Der friedliche Wettbewerb und die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme in Ost und West müssen ausgebaut werden. Der mit dem INF-Abkommen eingeleitete Abrüstungsprozeß muß auch bei den atomaren Kurzstreckenwaffen und im konventionellen Bereich fortgesetzt werden. Durch weltweite Abrüstung müssen Mittel frei werden, um die gewaltigen Herausforderungen der Menschheit durch die Klimakatastrophe und das sich verschärfende Nord-Süd-Gefälle zu bewältigen.
2. Die Europäische Gemeinschaft muß zu einer Europäischen Union als Teil eines gemeinsamen europäischen Hauses weiterentwickelt werden. Die Teilung Europas und damit auch die deutsche Teilung läßt sich nur durch eine europäische Friedensordnung überwinden.
3. Durch eine ökologische und soziale Erneuerung unserer Industriegesellschaft müssen Voraussetzungen für ein qualitatives Wirtschaftswachstum ohne Umweltschäden und die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit geschaffen werden. Notwendig ist der zügige Übergang zu einer siche-

ren Energieversorgung ohne Atomkraft, bei sofortigem Baustopp für die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf, dem endgültigen Verzicht auf Kalkar und Hamm-Uentrop und dem Erhalt der nationalen Kohlebasis.

4. Die konsequente Gleichstellung von Männern und Frauen muß weitergehen. Durch verstärkte Frauenförderung in Beruf und Gesellschaft müssen für Frauen die gleichen Entwicklungschancen wie für Männer geschaffen werden.
5. Die soziale Gerechtigkeit muß wieder zur Meßlatte der Politik werden. Dazu gehören die Beseitigung sozialen Unrechts und die Hilfe für die Schwächeren, der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, die Überwindung der Wohnungsnot, ein einheitliches Kindergeld für alle in Höhe von mindestens 200 DM pro Kind und die langfristige Sicherung unserer Sozialsysteme.

Die Politik der SPD folgt in der Bundesrepublik Deutschland wie in Europa denselben Zielen. Am 18. Juni, dem Tag der Europawahl, werden die Weichen auch für diese Politik gestellt. Die Europawahl ist für die SPD eine Richtungswahl. Es geht um die Entscheidung, ob der wirtschaftliche und soziale Fortschritt in Europa auf eine breite parlamentarische Unterstützung setzen kann.

In den verbleibenden Wochen bis zur Europawahl sucht die SPD die politische Auseinandersetzung auf drei Feldern:

- Die SPD will ein Europa ohne neue Atomraketen. Die sogenannte Modernisierung ist in Wahrheit Nachrüstung. Dieser Nachrüstung setzen wir ein klares Nein entgegen.
- Die SPD will ein soziales Europa. Die CDU/CSU hat für den Binnenmarkt keine sozialpolitische Vorsorge getroffen. Die SPD sagt: Ein fortschrittlicher Sozialstaat ist ein Standortvorteil der Bundesrepublik Deutschland für den gemeinsamen Binnenmarkt.
- Die SPD will ein Europa ohne Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhaß. Deshalb kämpft sie gegen einen möglichen Einzug der Rechtsradikalen in das Europäische Parlament. Das Europa von morgen darf nicht den Ewiggestrigen überlassen werden. Unser Land braucht gute Nachbarschaft - nach innen wie nach außen.

(-/19.5.1989/rs/ks)

* * *